

Annoncen-Bureau  
In Posen  
außer in der Expedition  
bei Gruski (C. H. Ulrich & Co.)  
Breitestraße 14;  
in Gnesen  
bei Herrn Th. Spindler,  
Markt- u. Friedrichstr. 4;  
zu Grätz bei Herrn G. Streissand;  
in Frankfurt a. M.;  
G. J. Baube & Co.

# Posener Zeitung.

Siebenundsechzigster Jahrgang.

Nr. 713.

Das Abonnement auf diesen täglich zwei Mal erscheinenden Blatt kostet zweitthalbjährlich für die Stadt Posen 12 Taler, für ganz Preußen 1 Taler. Die Werbekosten zu Laste der ganz Preußischen Post. Die Ausstellungen nehmen alle Prämienkosten des Postamtes in Rechnung.

Montag, 12. Oktober  
(Erscheint täglich drei Mal.)

Seitens 2 Tg., die seitgegründete Seite oder deren Name, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Poststelle zu richten und werden für die am folgenden Tage abgesetzte oder verschobene Marke bis 12 Uhr Bezahlung angemessen.

1874.

## Ammisses.

Berlin, 10. Okt. Der König hat den bish. Direktor des Gymnasiums zu Neustadt in Oberholz, Wilhelm von Racel, zum I. Gymnasial-Direktor; und den bish. Gymnasial-Direktor Professor Urban in Görlitz zum Gymnasial-Direktor ernannt; sowie den Kreis-Polytechnikern Dr. Steiner zu Lözen und Dr. Wollermann zu Stallupönen den Charakter als Sanitäts-Math verliehen.

Dem Gymnasial-Direktor Wilhelm von Racel ist die Direktion des kath. Gymnasiums in Glogau, und dem Gymnasial-Direktor Urban die Direktion des I. Wilhelms-Gymnasiums zu Königsberg i. Pr. übertragen, an der I. Realische in Berlin der ord. Lehrer Dr. Ernst Löw zum Oberlehrer befördert, der Hilfslehrer Straube am Schullehrer-Seminar zu Wittenberg in gleicher Eigenschaft an das evang. Schullehrer-Seminar zu Halberstadt versetzt, der prakt. Arzt Dr. Davidsohn mit Belohnung seines Wohnsitzes in Schneidemühl zum Kreis-Bundarzt des Kreises Chodschenei ernannt worden.

## Telegraphische Nachrichten.

Eisenach, 11. Oktober. In der heutigen Versammlung des Vereins für Sozialpolitik erfolgte zunächst die Bildung des Büros, wobei Prof. Dr. Nasse zum Präsidenten, Hildebrandt, v. Roggenbach und v. Sybel zu Vizepräsidenten gewählt wurden.

Nach einem einleitenden, die Bestrebungen und Ziele des Vereins zusammenfassenden Vortrage des Präsidenten begrüßte hierauf Prof. Dr. A. Held seine Thesen über Bestrafung des Arbeitsvertragsbruchs, welch letztere er als inopportun befürchtete. Der Korreferent Dannenberg (Hamburg) trat für die von ihm aufgestellten Thesen ein, nach denen eine Bestrafung des Arbeitsvertragsbruchs notwendig ist. Derselbe wies besonders auf den großen Umfang hin, den das das Kleinbetriebe und die Landwirtschaft schädigende Nebel des Arbeitsvertragsbruchs bereits genommen habe, sowie auf die schwere Gefährdung der Moralität, die damit Hand in Hand gehe. Deshalb empfiehlt es sich nicht, die Bestrafung des Arbeitsvertragsbruchs bis zum Erlass einer positiven sozialen Gesetzgebung zu verlegen. An der darauf folgenden Debatte beteiligten sich Janson, Teidemann, welcher die Einführung von Kontraktbüchern beantragte, Dr. M. Hirsch, v. Sybel, der sich im Interesse der deutschen Gewerkschaftsfeind und der Sittlichkeit des deutschen Volks für Bestrafung des Kontraktbruchs aussprach und Rößler, Schulz (Mainz), Brentano, Hecht und Grasbach erfolgten Schlüsse der Debatte und nachdem der Antrag auf Spezialabstimmung angelehnt worden war, wurden die vom Korreferenten Dannenberg aufgestellten Thesen mit 33 gegen 30 Stimmen angenommen. Mit ihnen ein Zusatzantrag Brentano's auf Erlass eines Gesetzes, welches denjenigen Vereinen, die für Kontraktbrüche ihrer Mitglieder haften, Korporationsrechte verleiht.

Würzburg, 11. Oktober. Rechtsanwalt Gerhard hier ist vom Gerichtshof zum Offizialverteidiger Kallmann's bestellt worden.

Hagenau, 11. Oktober. Die Internationale Ausstellung von Hopfen, Bier, Brauereimaschinen und Geräthen ist heute unter sehr lebhafter Beteiligung des Publikums vom Bürgermeister Kessel mit einer Ansprache eröffnet worden. Die Ausstellung ist außerordentlich zahlreich besucht und durch große Mannigfaltigkeit ausgezeichnet.

Pest, 10. Oktober. Die "Pester Korrespondenz" meldet, daß in dem heutigen Ministerrat alle bisher ausgearbeiteten Gesetzwürfe, darunter auch die Finanzvorlagen gutgeheissen worden seien. Alle Meinungsverschiedenheiten seien vollständig ausgeglichen. Auch der Budgetentwurf für das Jahr 1875 sei endgültig festgestellt worden.

Brüssel, 11. Oktober. Der "Moniteur belge" veröffentlicht heute den ersten Bogen der Verhandlungen der internationalen Konferenz.

Bern, 10. Oktober. In dem Schlusprotokoll des Westpostenkongresses wird erklärt, daß der vereinbarte Unionvertrag obligatorisch sei, auch wenn der Beitritt Frankreichs nicht erfolgen sollte.

Kopenhagen, 11. Oktober. Nach einem der "Großen nordischen Telegraphengesellschaft" zugegangenen Telegramme aus Shanghai vom gestrigen Nachmittage bestätigt es sich, daß eine Kriegserklärung zwischen China und Japan nicht erfolgt ist. Im Gegenteil werden die Verhandlungen zur Erzielung eines Einverständnisses zwischen den beiderseitigen Unterhändlern Otubo und Tsung-ki-Yamen fortgesetzt und gewinnt es den Anschein, daß die ganze Frage eine friedliche Lösung erfahre. Die Verhandlungen werden übrigens sogar den fremden Gesandtschaften gegenüber sehr geheim gehalten.

Belgrad, 11. Oktober. Die serbische landwirtschaftliche Ausstellung ist heute eröffnet worden; der Fürst hat der Eröffnungsfeier in Person beigewohnt.

Tetinje, 10. Oktober. Der Fürst von Montenegro hat die Absicht, an den Truppenmanövern in Rumänien teilzunehmen, aufzugeben und wird dem Fürsten Karl erst im nächsten Frühjahr einen Besuch abstatte.

Newyork, 11. Oktober. Zu Paterson ist ein sehr stark besuchtes republikanisches Meeting abgehalten worden. Bei demselben konstatierte der Sekretär der Marine, Robeson, daß die gegenwärtige Regierung vollkommen die republikanische Partei repräsentiere. Weder die Regierung noch ihr Oberhaupt würden jemals den Interessen oder den Traditionen des Landes zuwider handeln. Grant denkt nicht daran zum dritten Male die Präsidentschaft zu übernehmen und halte dafür, daß einer Diskussion über diese Frage keinerlei Beachtung zu schenken sei.

Buenos-Aires, 11. Oktober. Der Insurgentenführer Rivás hat sein Lager ganz in der Nähe von Buenos-Aires aufgeschlagen. Die Regierungstruppen haben Belgrano und Maron besetzt. Das den Insurgenten gehörige Kanonenboot "Parana" ist, verfolgt von einem Regierungsgeschwader, in dem Hafen von Montevideo eingetroffen, wurde indeß sofort angewiesen, den Hafen unverzüglich wieder zu verlassen.

## Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 10. Oktober.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Staatsminister v. Bülow, ist, wie bereits telegraphiert, aus Plön im Holsteinischen wieder hier eingetroffen u. hat sein Amt wieder übernommen. Dadurch werden am besten die Gerüchte widerlegt, welche ein hiesiger Correspondent der "Allgem. Ztg." verbreitete, daß zwischen dem Reichskanzler und dem Staatssekretär Differenzen ausgebrochen seien, welchen den letzteren veranlassen würden, von der Leitung des Auswärtigen Amtes zurückzutreten. Die "Sp. Ztg." giebt als Grund für die verzögerte Rückkehr an, daß die Witwe des Kammerherrn und Hofjägermeisters v. Warnstedt, welche in erster Ehe mit dem leiblichen Vater des Staatssekretärs v. Bülow verheirathet war, gegen Ende des vorigen Monats in Plön in Holstein verstorben ist.

In Sachsen Arnim's registrierten wir heut zunächst, daß die Beschwerde Arnims gegen seine vorläufige Gefangenennahme am 10. d. vom königl. Kammergerichte in einer zwischen 12 bis 2 Uhr stattgehabten Sitzung zurückgewiesen worden ist, nachdem dasselbe die vorliegenden Verdachtsgründe einer eingehenden Prüfung unterzogen. Dagegen gelangte das vom Grafen Arnim durch seinen Rechtsanwalt eingereichte Krankheitsattest, welches vom Stadtgericht für unzureichend erklärt wurde, beim Kammergericht noch nicht zur endgültigen Berathung und Beschlusssfassung. Uebrigens wurde der "B. C." versichert, über den Gesundheitszustand des Grafen Arnim von den beiden Gerichtsräten, Geheimer Medizinalrat Dr. Lüttmann und Prof. Dr. Skrzekla, das Gutachten abgegeben, daß allerdings eine dringende Gefahr für die Gesundheit des Inhaftirten vorhanden sei, sofern er ferner in derselben Lokalität in Haft gehalten wird, in welcher er sich bis jetzt befindet: er bedürfe der frischen Luft und der Bewegung. In Folge dieses Gutachtens ersuchte das Stadtgericht das Polizei-Präsidium, eine dem Gesundheitszustande des Grafen Arnim entsprechende Lokalität vorzuschlagen. Ein darauf bezüglicher Vorschlag des Polizei-Präsidiums soll dem Vernehmen nach bereits an demselben Tage erfolgt sein und das Königl. Stadtgericht wird voraussichtlich schon Montag darüber Beschluß fassen. Die "Ger. Ztg." giebt als Leiden des Gefangen Diabetus (Buckruhr) an.

Nach und nach tauchen verschiedene Berichtigungen von durch alle Blätter gegangenen Nachrichten auf. So hat der Mandatar des Grafen Arnim, Rechtsanwalt Munkel, mehreren Blättern folgende Zuschrift zugehen lassen:

"Die angeblich aus der "D. Reichs-Korresp." übernommene Nachricht, nach welcher meinerseits dem Grafen v. Arnim der Rath ertheilt sein soll, die von dem auswärtigen Amt verlangten Schriftstücke herauszugeben, beruht auf einem Irrthum, den ich zu berichtigten bitte. Ich würde zur Ertheilung eines derartigen Rathes, der nur auf Zweckmäßigkeit, nicht auf Rechtsgründen beruhen könnte, mich überhaupt nicht für kompetent erachten, selbst wenn meine persönliche Ansicht, wie nicht der Fall ist, mit dem angeblich ertheilten Rathem stimmt. Berlin, den 9. Oktober 1874. Der Rechtsanwalt Munkel."

Ferner erhält die "Voss. Ztg." von dem Sohne Arnims, dem Grafen Arnim-Schlagenthin, folgende Zeilen:

"In verschiedenen Zeitungen wird die Nachricht verbreitet, daß mein Vater, der Wirkl. Geh. Rath Graf Arnim, angeblich nach den Aussagen des Dr. Lang bei der Abfassung der Broschüre "Die Revolution von Oben" beteiligt sei. Ich kann versichern, daß diese Nachricht völlig erfunden ist und daß der Herr Dr. Lang meinem Vater selbst den Namen nach unbekannt ist."

Endlich schreibt die "Kreuztg.":

Die Nachricht, daß die dem gerichtlichen Einschreiten wider den Grafen vorausgegangenen Verhandlungen zwischen dem auswärtigen Amt und ihm zuletzt noch durch die Vermittelung seines Schwagers, des Bezirkspresidenten von Elsass-Voitringen Grafen Adolf v. Arnim-Boizenburg, geführt worden seien, wird uns als unrichtig bezeichnet. Graf Arnim-Boizenburg, der kürzlich durch den Tod seiner Gemahlin schwer betroffen wurde, befindet sich, um dies hierbei zu erwähnen, mit anderen Mitgliedern der Familie gegenwärtig hier und gedenkt, wie es heißt, nicht wieder auf seinen Posten nach Mecklenburg zurückzukehren. Der Wirkl. Geh. Rath v. Savigny, gleichfalls ein Schwager des Grafen Arnim, ist, wie wir ausdrücklich bemerkten, nicht hier anwesend.

Der Juliussturm in Spandau wird seiner 40 Millionen wegen von einem durch den Reichskanzler angestellten Kurator bewacht. Jede Thür ist mit zwei verschiedenen Schlössern versehen worden und ist laut Verordnung der Kommandant der Festung für die militärische Bewachung des Thurmes verantwortlich.

Dresden, 10. Oktober. Die Thronrede, mit welcher der König heute Mittag 1 Uhr im königlichen Schlosse den Landtag geschlossen hat, lautet wie folgt:

"Meine Herren Stände!

Als Ich am Anfang dieses Landtags Sie vom Throne aus begrüßte, da konnte Ich es noch thun im Auftrag und im Namen Meines geliebten Vaters, Sr. Majestät des Königs Johann. Heute am Schlusse des Landtags bleibt Mir nur übrig, Ihnen auch von dieser Stelle ein Wort lieblicher und dankbarer Erinnerung zu weihen. Sein gesammtes Streben und Wirken war ja geleitet von ungemeiner Liebe zu seinem Volke, von einem edlen und selblosen Pflichtgefühl und so ward es Ihm auch möglich, in den ernstesten, wichtigsten Momenten Seines Lebens mit der Ihm eigenen Klarheit des Geistes die richtigen Wege zu erkennen und mit Entschiedenheit zu betreten. Sein Andenken wird uns heilig bleiben für alle Zeiten.

Meine Herren Stände! Sie haben bei Meiner Thronbesteigung mit den Vertretern Meiner Regierung die neue Zivilist in einer Weise vereidigt, die Mich zum aufrichtigen Danke verpflichtet. Während am vorherigen Landtage Ihnen tiefsteigende organisatorische Gesetze zur Berathung vorlagen, waren es auf diesem Landtag vorzugsweise die finanziellen Interessen des Staates, die Sie beschäftigten.

Zur besonderen Befriedigung hat es Mir gereicht, daß Sie den Anträgen Meiner Regierung auf eine allgemeine Gehalts erhöhung für alle Klassen der Staatsdiener so bereitwillig entsprochen haben. Sie haben dadurch nicht nur einem wahren Bedürfnisse abgeholzen, sondern auch für die Zukunft ein pflichtgetreuer und ehrhafter, seinen Aufgaben gewachsener Beamtenstand erhalten bleibt. Auch für die allgemeine Erhöhung der Beilage aller Pensionäre, sowie der Wittwen und Witwen verstorbenen Staatsdiener, ingleichen für die umfassenden Bewilligungen im Interesse der Geistlichen und Lehrer und der Hinterlassenen derselben, sowie der Universität spreche Ich Ihnen Meinen Dank aus. Indem Sie in allen diesen Beziehungen den Anträgen Meiner Regierung entsprochen, haben Sie gerade in den Kreisen, in welchen in Folge der veränderten Geldverhältnisse die Noth am größten war, Hilfe geschafft und viele Sorgen verschont.

Daher es möglich gewesen ist, die durch alle diese Bewilligungen verursachten bedeutenden Mehrausgaben aus den in neuerer Zeit wesentlich gesiegen, eigenen Einnahmen zu decken, ohne daß es nötig war, deshalb zu einer Steuererhöhung zu verschreiten, ist Mir besonders erfreut gewesen. Sollte eine solche Notwendigkeit später herantreten, so wird Uns das mit Ihnen vereinbarte Gesetz über die Einführung einer Einkommensteuer das Mittel an die Hand geben, den Mehrbedarf in möglichst gerechter und wenig drückender Weise aufzubringen. Aber auch wenn diese Notwendigkeit nicht eintritt, wird das neue Gesetz und die danach vorzunehmende Abänderung Uns einen festen Boden gewähren, auf welchem die Frage wegen einer künftigen durchgreifenden Steuerreform mit größerer Sicherheit als jetzt entschieden werden kann.

Die auf dem letzten Landtag verabschiedeten neuen Organisationsgesetze werden, nachdem Sie die zu ihrer Ausführung erforderlichen Mittel bewilligt haben, in den nächsten Tagen zur Ausführung gelangen. Von der Art und Weise, wie die dadurch gegebene größere Ausdehnung der Selbstverwaltung von den Beteiligten verstanden und benutzt wird, hängt es zum großen Theile ab, ob die neuen Einführungen den Nutzen gewähren werden, den Ich mir von ihnen verspreche.

In Bezug auf unsere Verhältnisse zum deutschen Reich habe Ich nur hervor, daß Meine Regierung an der weiteren Ausbildung der Reichsabsatzgebund auch im letzten Jahre nach Kräften mitgearbeitet hat. Die Entwürfe eines Gerichtsverfassungsgesetzes, einer Zivil- und einer Strafprozeßordnung sind festgestellt und liegen dem Bundesrat vor. Nachdem die Kompetenz der Reichsabsatzgebund, unter Zustimmung Meiner Regierung, auf das gesamte Gebiet des Zivilrechts ausgedehnt worden ist, ist eine Kommission zur Entwurfung eines Zivilgesetzbuches zusammenberufen worden, welche ihre Arbeiten bereits begonnen hat.

In Folge des Reichsgesetzes über die Vertheilung des Restes der französischen Kriegsentschädigungen haben Sie von dem auf Sachsen fallenden Anteil an denselben die anfängliche Summe von 3 Millionen Thalern zur Ausstattung der neuen Bezirksverbände bewilligt und dadurch die erfolgreiche Durchführung und Entwicklung der neuen Organisation wesentlich unterstützt. Ueberdies haben Sie die Herstellung der Albrechtsburg in Meißen, für bauliche Einrichtungen in einigen königlichen Schlössern und für die Vermehrung unserer öffentlichen Sammlungen, sowie für Zwecke der heutigen Kunst aus seinem Anteil sehr erhebliche Bewilligungen gemacht und dadurch bewiesen, daß Sie neben sorgfältiger Ernährung und bereitwilliger Befriedigung der notwendigen Bedürfnisse des Staats, neben der eifriger Förderung der Interessen der Schule und der Wissenschaft auch den Aufgaben und Leistungen der Kunst ihre Aufmerksamkeit und ihre Teilnahme schenken.

Nehmen Sie auch dafür Meinen lebhaftesten Dank hin, mit welchem Ich zugleich von Ihnen Abschied nehme und Ihnen ein herzliches Lebewohl zurufe.

München, 10. Okt. Über die Konversion der Königin-Mutter wird der "Kölner Ztg." geschrieben:

Während die nationalgesinnten Politiker hier zu Lande den Schritt der Königin-Mutter als indifferent für die inneren Verhältnisse betrachten, ist es allerdings kaum anders denkbar, als daß die protestantischen Hohenpöppeln den Abfall einer Stammestochter von den Traditionen des Hauses eingemahnen schmerlich empfinden. In der Geistesrichtung des Vaters oder des Bruders der Königin Marie lag die Konversion sicher nicht. Der katholische Bischof von Elbinger-Olpe, dessen Predigten die Königin bei ihrem Sommeraufenthalt zu Hohenwetzau oft zu besuchen pflegte, soll der eigentliche Netter dieser Königlichen Seele sein, und es muß allerdings in den Ober-Konsistorialkreisen nicht angenehm empfunden werden, daß ein einfacher katholischer Landpfarrer die Glaubenshöllwerke untergrub, welche der langjährige intime Umgang der protestantischen Kirchenobern mit der hohen Dame in befreiter Vertheidigungszustand hätte setzen sollen. Ein ersichtlich aus geistlicher Feder stammender Artikel des "Fränkischen Kuriers" will gerade in dem extrem-orthodoxen Standpunkte der protestantischen Oberbehörde einen Hauptgrund des Übertretts sehen, was der Uneingeweihte natürlich dahingestellt lassen muß. Früher ließ es schon, daß die Königin der sogenannten Weißlichen Richtung im Lutherthum anhängt sei. Die Unparteilichkeit verpflichtet uns, die Ueberzeugung auszusprechen, daß von einer Seelenfängerin hier keine Rede gewesen ist, sondern der Schritt sich vollständig aus dem eigenen Gemütsleben der Königin erklärt. Neugierig kann man jetzt nur darauf achten, ob die Aus- und Unterlegter der Leibniz'schen Weisfassungen nicht auch auf dieses Ereignis einen Vers beim Bruder Hermann zu finden wissen. Wir wiederholen schließlich unsere Ansicht: soweit diese Umkehr ein in dieser Zeit über sich gewinnt, den Unfehlbarkeitsglau-

ben anzunehmen. Dem "Frank. Journ." wird in derselben Sache Folgendes mitgetheilt:

Die hohes Frau hat in der letzten Zeit in lebhaftem Briefwechsel mit Kaiser Wilhelm und ihren preußischen Verwandten gestanden. Dem Könige, ihrem Sohne, hatte sie ihre Absicht schon seit einigen Monaten mitgetheilt. König Ludwig hat aber weder dafür, noch dagegen gesprochen; er blieb einfach von diesem Augenblick an seiner Mutter fern. Die Stimmung, welche aus Anlaß der Conversion hier herrschte, läßt sich kurz dahin präzisieren, daß die Ultramontane innerlich jubeln und frohlocken; sie erwarten, daß das Vorgehen seiner Mutter den König ganz auf ultramontane Seite ziehen werde, und hoffen, daß auch am preußischen Hof, wo man Sympathien für den Katholizismus bei einer sehr hohen Dame voraussetzt, sich bald die Wirkungen dieses Übertretts erstellen machen werden. In diesen Kreisen läßt man bereits alle Protestantanten, an der Spitze den Grafen Max von Preußen, zur Zeit Oberhofmeister d. Hofstaats der Königin-Mutter, aus der Umgebung der Königin-Mutter entfernen, wogegen die kathol. Hofdamen, Freisfrau v. d. Mühl-

und Grafen Fugger-Götz, eine Verwandte des bekannten Jesuiten Grafen Fugger, natürlich verbleiben würden. Gleichzeitig taucht in diesen Kreisen wieder einmal das Gerücht von Aenderungen im königl. Kabinets-Sekretariat auf; man bezeichnet einen farblosen, aber durch verwandtschaftliche Beziehung mit den ultramontanen Körperschäften Bayerns in Verbindung stehenden höheren Staatsbeamten als den Nachfolger des jetzigen Kabinets-Sekretärs. Nach unsern Informationen ist aber von der Konversion eine weitere Folge auf die Haltung unseres Königs nicht zu erwarten. Dem König ist die Conversion seiner Mutter sehr unangelegen gekommen, da er wohl fühlt, welche Missdeutungen dieser Umstand bezüglich der Bekreuzungen Bayerns ausgesetzt sein müsse. Der „Fränk. R.“ weist darauf hin, daß die Conversion der Königin-Mutter Niemanden wundern könne, der wisse, daß andere sehr hohe Damen dieser Gesellschafts-Kreise zu der „Doktor-Bäuerin“ zu Wunderkuren gehen.

In auffallendem Gegensatz zu allen bisherigen Meldungen steht folgende uns inzwischen zugegangene Depesche des Wolffschen Bureaus: Die Nachricht des „Vaterland“ von dem bereits erfolgten Übertritt der Königin-Mutter wird vom „Volksfreund“ und von den „Neuen Nachrichten“ für nicht begründet erklärt. Das letzteren Journal meldet ferner, daß die Konversion auch nicht, wie früher angegeben wurde, am 15. d. M. stattfinden werde; dieselbe solle vielmehr erst in der letzten Oktoberwoche vorgenommen werden.

Bern, 9. Oktober. Die mehrfach erwähnte Erklärung, welche Herr Besnier, Delegierter der französischen Regierung zum Weltkongress, in der Schlusssitzung des Letzteren Namens seiner Regierung abgegeben hat, lautet wörtlich wie folgt:

„Meine Herren!

In der Sitzung vom 30. September drückte der Kongress einstimmig auf eine Motion von Herrn Vincent den Wunsch aus, ich möchte bei meiner Regierung um neue Instruktionen einkommen, damit ich unter besonderen Vorbehalten die Ermächtigung erhalten, den allgemeinen Postvertrag mit unterzeichnen zu können.

Diesem Wunsche bin ich nachgekommen und es erklärt meine Regierung, daß sie bei voller Bürdigung der sympathischen Motion des Ehrenwerthen beliebten Delegirten und des hierauf erfolgten einstimmigen Wunsches des Kongresses, heute mit Rücksicht auf die Lage der Dinge trotzdem noch nicht im Falle sei, den Vertrag mit unterzeichnen zu können, da sie sich in die Notwendigkeit versetzt sehe, den Vertrag und die durch die Revolutionen erhobenen Fragen der Nationalversammlung, welche der Souverän ist, zu unterbreiten.

Indeschenk hat mich meine Regierung ermächtigt, Ihnen folgende Erklärung abzugeben:

Die französische Regierung anerkennt gerne die liberalen Gefühle, welche den Konkurrenz bei den meisten der von ihm angestrebten Reformen bestrebt. Es glaubt auch die Regierung dieser Stimmung am besten dadurch Ausdruck gegeben zu haben, daß sie den vom Kongress gefassten Beschluss, den nächsten Kongress in Paris zu versammeln, angenommen hat und sie hofft, daß sie bald im Falle sein werde, sich den Wählern, welche ihre Zustimmung zum Vertrage gegeben haben, unger angeschlagen zu können."

Von der französischen Grenze, 8. Oktober wird der „Nat. Blg.“ geschrieben: Über die Reiterei im Carlistens Lager sind nur wenig Details bekannt. Die carlistischen Journale schweigen vollkommen über die Affaire; da sie es nicht wagen, dieselbe zu widerufen, so ist wohl anzunehmen, daß die Sache ihre Nichtigkeit hat. Nach einigen Nachrichten aus guter Quelle hat Mendiri dem Oberbefehlshaber Dorregaray im Gegenwart Don Carlos schwere Vorwürfe in Betreff der Niederlagen gegen Moriones bei der Provinzialierung Pamplonas gemacht. Don Carlos, welcher Dorregaray noch vor einigen Wochen gegen die Anhänger Gabarras gehalten hat, mach in der Zeit wohl eingesehen haben, daß Dorregarays Talente den Verlust vieler angefeindeter Führer nicht aufzuwiegen. Da ihm Mendiri aufsäumt darzulegen, daß Dorregaray allein die Schuld der letzten Niederlagen gegen Moriones trägt, so entsezt er Dorregaray seiner Stellung als Oberbefehlshaber und übertrug dieselbe auf Mendiri. Einige Dorregaray treu ergebene Bataillone widersetzen sich diesem Befehl und machten von ihren Waffen Gebrauch, als man sie zur Anerkennung Mendiris als Oberbefehlshaber zwingen wollte. Don Carlos hoffte sie durch seine Anwesenheit zu beruhigen, dabei soll er selbst durch eine Kugel schwer verwundet sein. Letzte Nachricht wird fast von sämtlichen französischen und spanischen Blättern gebracht. Die carlistischen Journale schweigen vollkommen darüber, während sie sonst jeden Sieg der Republikaner als Niederlage darstellen und jede Nachricht von einem Zwiespalt in ihrem Lager widerstreichen. Wir hoffen bald zu erfahren, ob Don Carlos in der That verwundet ist. Alle Nachrichten und Zeichen sprechen dafür. Wir glauben darauf hinzuweisen, daß dieser Bericht genau den Konjunkturen entspricht, welche wir in letzter Zeit unbedingt aller Dementi's über den Vorgang von Durango veröffentlicht haben. — Red. d. Posener Blg.)

London, 9. Oktober. Die Verhaftung des Grafen v. Arnim wird von der „Times“ in einem Leitartikel befprochen, in welchem sie die Angelegenheit mit großer Vorsicht pro et contra erörtert. Nachdem sie Arnims große Verdienste zu Rom und später zu Paris, wo er als deutscher Botschafter sich „mehr wie ein residirender Minister an dem Hofe eines indischen Souveräns, als wie ein gewöhnlicher europäischer Gesandter“ aufnahm, erwähnt und der Betroffenheit zwischen ihm und Fürst Bismarck gedacht hat, führt sie fort:

„Wir können nur hoffen, daß eine Anklage, welche eine ausgezeichnete Laufbahn zu einem scheinbaren Ende bringen würde, einige Auflösung zuläßt. Auch können wir die Befürchtung nicht unterdrücken, der erlauchte Chef des kaiserlichen Kabinetts möchte weiser gehandelt haben, wenn er einen Tadel vertragen hätte, statt sich den Anteilen zu geben, sein Übergewicht im Staate zur Vernichtung eines Nebenbürgers zu benutzen. Doch welches auch die Beleidigung dieses besondern Falles sein mögen, eine solche Anklage muß uns an verschiedene neuere Beispiele unbefugter Veröffentlichung wichtiger diplomatischer Aktenstücke erinnern. Seit dem deutsch-französischen Krieg haben wir eine Reihe folgender persönlicher Apologien von Diplomaten erlebt, in welchen sie kein Bedenken gezeigt haben, vertrauliche Papiere als Material für ihre Selbstschaffung zu verwenden. Graf Benedetti und der Herzog von Gramont haben beide flagrante Beispiele dieser Praxis, welche von ihnen Landesleuten tüchtig nachgeahmt wurden, und in Italien hat General La Marmora in der bloßen Vertheidigung verwundeter persönlicher Güte die vertraulichsten Dokumente wie sein Privateigentum behandelt. In diesem letzten Falle war die Verlegung des öffentlichen Aufstandes in der That so arg, daß sich die italienische Regierung zu der formlichen Erklärung veranlaßt sah, sie würde künftig solchen Missbrauch amtlicher Kenntnisnahme verhindern. Es wäre traurig, wenn sich herausstellen sollte, daß sich diese Unart selbst in die loyalen Reihen deutscher Staatsbeamten verbreitet hat. Wir hoffen, daß kein englischer Staatsmann eines solchen Vertragsfähig sein kann, und wir haben das Vertrauen, daß ebenso wie die gesetzliche Meinung alter Länder und aller Diplomaten ein solches Vertragen in jeder Gestalt als im höchsten Grade unehrenhaft brandmarken wird. Es ist in der Führung aller öffentlichen Geschäfte unvermeidlich, daß von den Haupt-Agenten Vieles gelagt und gelbán wird, was zu veröffentlichten höchst unheilvoll sein würde, und wenn solche Dinge den Frieden und die gute Stimmung großer Nationen betreffen, wenn das Motiv zur Vertraulichverleihung haupsächlich per-

sonliche oder Partei-Vortheit ist, so liegt in dem Vergehen etwas besonders Schimpfliches. Seit einigen Jahren scheint jedoch auf dem Kontinent eine sorglose Methode, offizielle Papiere zu behandeln, Mode geworden zu sein, und man wird sich erinnern, wie Rouher eine Anzahl offizieller Papiere in seinem Landhause aufbewahrt hatte, welche bei der Invasion Frankreichs den Deutschen in die Hände fielen. Wenn das Berliner auswärtige Amt solcher Lagen Aufbewahrung von Staatsdokumenten ruhig zugesehen hat, so wird es zum Theil für die ungeeignete Verwendung verantwortlich sein. Wenn dagegen die fraglichen Dokumente Briefe sind, welche Fürst Bismarck in der Sitzung privaten Vertrauens geschrieben hat, so dürfte die gesetzliche Schuld, öffentlichen Gebrauch von ihnen zu machen, schwächen, die moralische Unehrenhaftigkeit dagegen verhältnismäßig desto stärker hervortreten. Es ist unmöglich, in solchen Dingen zu stritt und zu skrupös zu sein, und die Untersuchung, welche auf Graf Arnims Verhaftung folgen mag, wird hoffentlich wenigstens diese Lehre Diplomaten und Staatsmännern einschärfen.“

## Sohales und Provinziales.

Posen, 12. Oktober.

r. Die Generalversammlung des Posener Wahlvereins wurde am Sonnabend gegen 8½ Uhr Abends im Handelscole durch den Schriftführer Dr. Wasser mit der Mittheilung eröffnet, daß der bisherige Vorsitzende, Appellationsgerichtsrath v. Crouzat, aus Gesundheitsrücksichten verhindert sei, in der Versammlung zu erscheinen und sein Amt weiter zu führen, und daß der stellvertretende Vorsitzende, Appellationsgerichtsrath v. Pittammer, wegen seiner bald bevorstehenden Verlegung nach Naumburg a. S. zurückgetreten sei. Es wird darauf durch Ablammaton Dr. Wasser zum Vorsitzenden der Generalversammlung gewählt. Derselbe spricht zunächst sein Bedauern darüber aus, daß der bisherige Vorsitzende aus dem Vorstande ausschied sei, und fordert die Versammlung auf, ihm Dank für die bisherige Geschäftsführung durch Ausscheiden zu erkennen zu geben, was auch geschieht.

Der Vendant des Vereins, Stadtrath S. Jasse, erstattet hierauf den Geschäftsbericht. Danach beträgt gegenwärtig die Anzahl der Mitglieder des Vereins 175; die Jahres-Einnahme belief sich auf 174 Thlr. an laufenden Beiträgen, und 48 Thlr. als Überschuss von den Beiträgen zur Landtagswahl pro 1873. Herausgezahlt wurden 78 Thlr., so daß demnach ein Restbetrag von 144 Thlr. geblieben ist. Von den Kosten der Wahl zum deutschen Reichstage, welche 182 Thlr. betrugen, sind nur 178 Thlr. durch Beiträge aus Stadt und Landkreis Posen gedeckt worden, so daß demnach ein Defizit von 3 Thlr. verblieb, welche aus der Kasse des Wahlvereins gezahlt wurden; der gegenwärtige Kassenbestand beträgt demnach 141 Thlr. Die Versammlung ertheilt dem Vendanten Deckcharge.

Es wird darauf zur Wahl des neuen Vorstandes geschritten. Nach Mittheilung des Vorsitzenden hat außer den beiden oben genannten Mitgliedern auch der Kommerzienrat S. Jasse seinen Austritt aus dem Vorstande angezeigt. — Reg.-Präsident a. D. Willenbacher beantragt, die Versammlung möge die bisherigen Mitglieder des Vorstandes durch Ablammaton einfach bestätigen, und nur statt der ausgedachten neue Mitglieder wählen. Doch wird dieser Antrag abgelehnt, und demnach zur Wahl mittheilt Stimmenthalt.

Während das Wahlrefustat durch die Stimmzähler Maurermeister Hesselbein und Kaufmann A. Peltzohn festgestellt wird, knüpft sich eine längere Debatte an eine aus der Mitte der Versammlung eingegangene Anfrage: ob vom Vorstand des Wahlvereins an den Abgeordneten der Stadt Posen, Kreisgerichtsrath Döring die Anzeigung ergangen sei, über seine Wirklichkeit im Abgeordnetenhaus in öffentlicher Versammlung Bericht zu erläutern? Der anwesende Kreisgerichtsrath Döring verneinte diese Frage, er sei jedoch jederzeit, sobald eine Aufforderung an ihn ergebe, bereit, über seine Thätigkeit als Abgeordneter Bericht zu erläutern.

Hieran knüpft Professor Fahl eine Erörterung der Aufgaben des Wahlvereins, die er vor Allem darin erkennt, daß der Verein eine stetige Wirklichkeit im Städte und Landkreise Posen enthalte, um das politische Leben zu wecken und besser als bisher die Wahlen vorzubereiten. Er empfiehlt dem Vorstand in kürzeren Zeitabschnitten (etwa alle zwei Monate) eine Versammlung zu berufen, um politische Tagesfragen zu erörtern. — Redakteur Stein weiß darauf hin, daß derartige Versammlungen schon dagewesen, jedoch aus mancherlei Motiven, zum Theil aus persönlichen Verbitterungen, wieder aufgegeben worden seien. Der Wahlverein habe bisher von den Aufgaben, die er sich gestellt, sehr wenige erfüllt, und seit den letzten Wahlen zum Reichstag gar keine Thätigkeit entfaltet. Wenn nun auch nicht zu leugnen sei, daß die gegenwärtigen Nachweisen der wirthaftlichen Katastrophalen einen bedeutenden Einfluß auf diese bei uns herrschende Indifferenz im öffentlichen Leben habe, so sei nunmehr doch hohe Zeit, sich zu ermannen, und stimme er demnach dem Vorschlage des Vorredners, in der angezeigten Weise Fühlung unter den überwältigten Wählern herbeizuführen, bei. — Rechtsanwalt Mügel macht darauf aufmerksam, daß um den Verein die Aufgabe zu stellen, von Zeit zu Zeit öffentliche Tagesfragen zu erörtern, vor Allem eine Veränderung des Statutes des Vereins erforderlich sein werde, da derselbe sich nur die Aufgabe gestellt habe, „in der Stadt Posen die Wahl deutscher freistaatlicher Männer zum deutschen Reichstage, zum preußischen Abgeordnetenhaus und zur Posener Stadtverordnetenversammlung herbeizuführen.“ — Kreisgerichtsrath Döring in der Ansicht, daß hierzu eine Erweiterung der Statuten nicht erforderlich sei, da zur Herbeiführung von Wahlen auch die Vorbereitung der öffentlichen Meinung erforderlich sei; innerhalb des einmal gegebenen Rahmens werde sich das Angestrehte erreichen lassen. — Dagegen willigt Prof. Fahl, daß solche Erörterungen nicht bloss als erlaubt angesehen, sondern als vorgeschriebene Aufgaben des Vereins in das Statut aufgenommen werden möchten.

An diese Erörterung knüpft sich der Antrag des Herrn Neuländer, demnächst eine Versammlung zur Entgegnahme des Döringschen Berichts und zur Befreiung der Stadtverordnetenwahlen einzusetzen. Nach langer Debatte, an welcher sich die Herren Kantorowicz, C. Hartwig, Stein, Rechtsanwalt Mügel, Rechtsanwalt Orla, Kreisgerichtsrath Czwalina, Lehrer Jul. Lehmann beteiligen, erklärt sich die Versammlung damit einverstanden, auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung, welche für die Verhinderung des Abgeordneten Döring nach Vollziehung der Stadtverordnetenwahlen im November angezeigt werden soll, auch Statutenänderungen zu stellen.

Außerdem beschließt die Versammlung, den Vorstand zu beauftragen, noch im Laufe dieses Monats eine Volksversammlung zur Befreiung der Stadtverordnetenwahlen und kommunaler Angelegenheiten zu berufen.

Hierauf wurde das Resultat der Wahl bekannt gemacht. In den Vorstand sind gewählt die Herren: Stadtrath Mich. Breslauer, Gymnasiallehrer Dr. Briege, Prof. Fahl, Stadtrath Garben, Maurermeister Hesselbein, Stadtrath S. Jasse, Kommerzienrat S. Jasse, Justizrat Peltzohn, Appellationsgerichtsrath Gräbe, Rechtsanwalt Mügel, Stuverath Neukranz, Rechtsanwalt Orla, Kaufmann A. Peltzohn, Buchhändler Türk, Redakteur Dr. Wasser, Reg.-Präsident a. D. Willenbacher, Optiker Biegler, Kreisgerichtsrath Czwalina und Dr. Hirshberg.

Mit der Beendigung des Wahlaktes wurde die Versammlung, welche von noch nicht 40 Mitgliedern besucht war, geschlossen. — Der neue Vorstand, soweit er zugegen war, beschloß schon am nächsten Mittwoch die erste Sitzung abzuhalten, um seine Konstitution vorzunehmen und die Vorbereitungen der Volkssversammlung zu besprechen.

\* In der Banquier Saul'schen Diebstahlssache ist trotz der außerordentlich ehrigen Bemühungen der hiesigen Kriminalpolizei noch nichts weiter ermittelt worden, als der Deckel eines kleinen schwarzen Lombardestäns, welcher sich in dem großen eisernen Kasten befunden hatte, und unterhalb der Rosenmühle am Ufer der Warthe

angeschrenkt gefunden worden ist. Der Handrücken, auf welchem der eiserne Kasten fortgeschafft worden ist, wurde in der Warthe unterhalb der Schloßhäuser in der Schifferstraße aufgefunden.

r. Der Pudewitzer Lehrer-Sterbekassenverein hielt am 8. d. M. im Saale des Hotel de Saxe seine diesjährige sehr besuchte Generalversammlung unter Leitung des Vorsitzenden des Vereins, Mittelschulicher Grüter, ab. Nach dem Jahresberichte hatte der Verein am 30. Juni 1873 einen Bestand von 407 Mitgliedern; es traten im Laufe des Verwaltungsjahrs 23 neue Mitglieder dem Verein bei; 22 wurden exkludiert, 10 schieden freiwillig aus, so daß am 30. Juni d. J. 398 Mitglieder verblieben. In der Zeit vom 1. Juli bis 30. September d. J. sind 32 neue Mitglieder beigetreten, so daß der Verein gegenwärtig 430 Mitglieder zählt. Die Einnahmen pro 1873 74 betrugen 1839 Thlr., die Ausgaben 1877 Thlr., Bestand mithin 262 Thlr.; außerdem beklagt sich der Referent auf 500 Thlr. in 4 proz. Posener Wandbrieffen. Nach der Verlehung des Verwaltungsbüros erklärten sich die jetzigen, außerhalb Posens wohnenden Vorstandsmitglieder: Lehrer Höhne aus Prüm und Chmelowski aus Trojanevo, auf ausdrückliche Bitte der Generalversammlung, im Interesse des Vereins bereit, aus dem Vorstand freiwillig zurückzutreten, wofür denselben seitens der Generalversammlung ein Hoch ausgebracht wurde. Sodann schritt die Versammlung zur Vorstandswahl; Lehrer Platt wurde zum Vendanten, Lehrer Raskowits zum Kontrolleur und Lehrer Förster zum Schriftführer gewählt. — Es wurden als dann folgende Statutenänderungen beschlossen: 1) Mitglieder der Kasse wählen alle Lehrer und als Lehrer geprüfte Kanonen der Provinz Posen werden, welche das 50. Lebensjahr nicht überschritten haben. 2) Die in § 3 des Statuts aufgestellte Skala fällt weg, und in deren Stelle tritt die Bestimmung: Jedes neue Mitglied hat sämtliche Beiträge seit seiner ersten Anstellung nachzuzahlen. Selbstverständlich bleibt die bisherige Skala bis zur erfolgten Bestätigung in Kraft. 3) Die Kasse hat bleibend ihren Sitz in Posen. Nach Annahme mehrerer, seitens einiger Mitglieder in Betr. der Verwaltung gestellter Anträge wurde die Generalversammlung geschlossen.

— Preßprozeß. Gegen den verantwortlichen Medikent des „Dienstes Polona“ Hrn. v. Bronikowski, kam am Sonnabend vor der Kriminalabteilung des hiesigen Kreisgerichts ein Prozeß wegen eines in Nr. 42 des „Dienstes“ unter der Aufschrift „der elsäfisch-lothringsche Antrag“ enthaltenen Artikels zur Verhandlung. Die Anklage lautete auf Majestätsbeleidigung. Der Fal. Staatsanwalt vertrug eine Strafe von 200 Thlr. event. 3 Monate Gefängnis. Der Vertheidiger Rechtsanwalt Doehorn suchte nachzuweisen, daß in dem incriminierten Artikel von einer Majestätsbeleidigung nicht die Rede sein könne. Der Gerichtshof erkannte nach ½ stündiger Beratung, daß der Artikel zwar keine Majestätsbeleidigung, aber eine Verbreitung der Thatsachen enthalte und verurtheile daher auf Grund des § 31 des Strafzivilbuchs und des § 37 des Preßgesetzes den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 100 Thlr. event. 6 Wochen Gefängnis.

— Die Generalstabs-Nebungscreise des 5. Armeekorps hat, wie aus Hirschberg unter dem 8. d. gemeldet wird, derselbst ihr Endziel erreicht; die an derselben beheimateten Offiziere und Mannschaften sind wieder in ihre Garnisonen zurückgekehrt.

— Im Interesse der Befreiung wird darauf aufmerksam gemacht, daß die durch das Gesetz vom 11. Juni 1873 verlängerte Strafzeitfrist zur Anbringung von Provocationen auf Reaktionen abläuft.

— Die unglückliche polnische Amnestieangelegenheit, so wird aus Poniatow geschrieben, ist noch einmal aufs Tropf gebracht worden. Herr Stefan Polis, der polnische Verbaute, welcher die Amnestie der Kriminellen damals triumphirend verhinderte, Graf Schwabowicz habe ihm die Amnestierung der wegen politischer Vergehen Verhörrten angefragt, meldete sich vor einigen Tagen bei der russischen Gendarmerie, um einen Pass nach Polen zu verlangen. Seine Bitte wurde ihm abgeschlagen. Seine Freunde hat sich daher als voreilig erwiesen.

g. Zutrofchin, 10. Oktober. [Todesfall]. Gestern Abend starb nach langem Krankenlager, gerade auf seinem 34. Geburtstage, an der Schwindsucht der hiesige Bürgermeister Hugo Stiller. Nachdem derselbe längere Zeit die hiesige Kämmererschaft verwalte, wurde er nach Avgana des Herrn Bürgermeister Viebig Ende 1869 zum Bürgermeister erwählt, welches Amt er bis zu seiner Krankheit mit Gewissenhaftigkeit und Eifer zum Wohl der Kommune vermöchte. Leider fand er in dem vergangenen Sommer benützt Charlottenbrunn nicht die gehoffte Genesung.

g. Aus dem Kreise Kröben. [Gebäudesteuer.] Nach § 17 des Gebäudesteuergesetzes vom 21. Mai 1861 verfällt derjenige, welcher die Anmeldung einer Veränderung, die bestimmungsmäßige Erhöhung der bis dahin gezahlten Gebäudesteuer oder die neue Regulirung derselben zur Folge hat, in dem vorgeschriebenen Termine unterlässt, wenn dadurch dem Staat Steuer vorerhalten ist, in eine dem doppelten Betrage der vorenthaltenen Steuer gleich kommenden Geldbuße von 10 Sgr. bis 5 Thlr. Nur entstandene Gebäude, dgl. wesentliche Verbesserungen an Gebäuden, sowie Vergrößerungen der zu ihnen gebrügten Räume u. s. w. sind spätestens drei Monate vor dem Termine, mit welchen sie zur Besteuerung gelangen müssen, anzumelden. Letztere trifft nach Ablauf zweier Kalenderjahre seit dem Kalenderjahr, in welchem sie bewohnbar, resp. nutzbar geworden sind, ein. Veränderungen in der Einrichtung oder Benutzung solcher Gebäude, welche ausschließlich oder vorzugsweise zum Gewerbebetriebe dienen, ferner solder nicht nur Benutzung für die Landwirtschaft und Fabrik betreffende Keller, Speicher, Remisen, Scheune und Ställe darin, daß dieselben zum Wohnen sich eignen, sind innerhalb dreier Monate nach Ablauf des Jahres, in welchem die Veränderung eingetreten ist, zu melden. Da Übertreibungen dieser Bestimmungen sich oft wiederholen, so sei zur Vermeidung derselben, hiermit darauf hingewiesen.

— Die Massen-Petition von Gemeinden um Überlassung der Grund- und Gebäudeschulden erfreut sich deshalb hauptsächlich eines allgemeinen Beifalls, weil diese Steuern, wie sie gegenwärtig zur Erhebung kommen, gar keine Rückicht auf die Steuerfähigkeit der Grundbesitzer nehmen. Es hat dies seinen Grund in der Verschiedenheit des Rohertrages und des Kleinbetriebs, welche nicht nur durch die Bewirtschaftungskosten usw. sondern durch den Umstand begründet wird, daß das eine Grundstück mehr wie das andere mit Hubhöfen belastet ist. Während momentan die Gebäudesteuer an einem Orte nicht sehr sichtbar sein kann, kann sie in anderen Gegenden sehr drücken. Als Gemeindesteuer dagegen, wenn sie den Verbältnissen des Ortes oder der Gegend entsprechend erhoben wird, würde die Gebäudesteuer weniger wie jetzt lästig fallen. Dasselbe findet Anwendung auf die Grundsteuer. Leider ist aber nach überwiegenden Mittheilungen Finanzminister Camphausen, gleich seinem Vorgänger, gegen Überlassung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen. Beide Steuern sind im Etat pro 1874 mit ca. 18 Millionen Thlr. veranschlagt.

x. Rogasen, 10. Oktober. [Feuerw.] Die hiesige Stadt ist in diesem Jahre nicht weniger als 10 Mal von Feuerbränden heimgesucht worden, die wenn auch, dank den Bemühungen der h

ehrigen Hopfen und kann man sich diese Geschäftsstelle bei dem heutigen nur geringen Ertrag nicht erklären. Aus früheren Jahren von 1868–1871 sind dieser Tage von einem neuromöslor Händler zu 4 Thlr. pro Centner in hiesiger Stadt und Umgegend gekauft worden. — Die Lehrervakanten der zweitstiftigen katholischen Schule in Kiel scheinen permanent zu werden. Seit einigen Wochen erst wurde die dritte ameite Lehrerstelle durch die kgl. Regierung besetzt und am 1. Novbr. c. wird durch die Verlegung des Lehrers Rymontowski an die Schule zu Maclaw im kostener Kreise die dortige erste Lehrerstelle vakant. Dabei ist die Schule so überfüllt — sie zählt über 250 Kinder —, daß die Behörden die Einrichtung einer dritten Lehrerstelle für sehr dringend gebeten erachten. — Unter dem Rindvieh im nahen Odra ist der Milzbrand ausgebrochen und desshalb der Ort für den Verkehr mit Rindvieh zu gesperrt worden. — Auf Antrag des Vorstandes des hiesigen Vorlaufervereins beschloß die Ende v. M. stattgehabte Generalversammlung, den Verein vom 1. Januar 1875 ab unter das Genossenschaftsgesetz zu stellen.

**E. Bromberg.** 11. Oktober. [Schwurgericht: Landfriedensstraf. Weisselfällung.] Vor dem jetzt hier unter dem Vorst des Appellationsgerichtsitz Schwerin tagenden Schwurgericht wurde gestern und vorgestern ein Prozeß wegen Landfriedensbruch gegen 11 Personen, Knechte und Einwohner aus Bzin (Kreis Schwerin) und Umgegend verhandelt. Am 21. März er. fand in Bzin das Departement-Erfüllungsamt statt. Nach Beendigung desselben geriet ein Knecht aus Bzin mit einem Knechte aus Gonsawa wegen  $\frac{1}{2}$  Sar., die letzterer dem ersten schulden sollte, in Streit. Aus diesem Streit entspans sich zwischen den Kantonisten aus Bzin einerseits und Gonsawa andererseits eine Prügelei, die sich bis zur Stadt auf die Chaussee und das angrenzende Feld hinaus zog. Die Bäuer hielten treu zusammen und sagten die Gonsawer, welche in der Minderzahl waren, in die Flucht. Die Prügelei erreichte erst ihr Ende, als die Polizei rief, mehrere Gendarmen auf dem Kampfplatz erschienen und die Parteien aneinandersprangen. Einige Gonsawer, darunter ein Fleischergele, erhielten Verwundungen, namentlich wurde letzterem durch einen Schlag ein Finger der linken Hand gelähmt. In dem freuen Zusammenhalten der Bäuer erschien der Staatsanwalt eine Zusammenrottung und in dem Einhalten auf die Gonsawer eine Gewaltthätigkeit an Personen und damit das Verhanden des Requisiten des Landfriedensbruchs. Nach erfolgter Beweisaufnahme (es wurden gegen 20 Jungen vernommen) hielt dieselbe die Anklage wegen dieses Verbrechens gegen sechs Personen aufrecht und beantragte, über sie das Schuldig anzuschreben, gegen die anderen, denen eine besondere Thätigkeit bei diesem Kampfe nicht nachgewiesen werden konnte, das Reichshuldig. Sämtliche Vertheidiger bestritten, daß hier das Verbrechen eines Landfriedensbruches vorliege, höchstens eine Brühelei, wie sie überall vorkomme, ohne daß jemand daran denkt, aus derselben einen Landfriedensbruch zu machen. Einer der Vertheidiger wollte einige der Angeklagten nur wegen Verursachens von ruhestörenden Lärmen bestraf wissen. Die Geschworenen sprachen nach kurzer Beratung das Reichshuldig über sämtliche Angeklagte wegen Landfriedensbruchs und nur über drei das Schuldig wegen Körperverletzung aus. Diese wurden deshalb zu je 6 Monaten Gefängnis verurtheilt, die übrigen Angeklagten von Strafe und Kosten freigesprochen. Sie hatten sämtlich eine Untersuchungshaft von mehr als 4 Mon. hinter sich.

In der Sitzung am 5. Ott. wurde einer der wohlhabendsten Kaufleute Inowraclaws, dessen Vermögen mehr denn 80,000 Thlr. betragen soll, der Kleiderbänder Hirsch Samiel wegen wissenschaftlichen Gebräuch einer falschen Urkunde — er hatte von einem gefälschten Wechsel, welcher auf 100 Thlr. ausgestellt war, Gebrauch gemacht — zu  $\frac{1}{2}$  Jahr Buchthaus und 1000 Thlr. Geldstrafe verurtheilt. Zu seiner Charakteristik konstatiert die Anklage, daß derselbe in der Weise Geschäfte mache, daß er den polnischen bürgerlichen Besitzern Geld gegen Wechsel leih, dann die Wechsel einlasse, die Forderungen im Wege der Exekution beitreibe und schließlich die Substation der bezeichneten Grundstücke veranlaße. So war er allein in den letzten zwei Jahren bei 26 Substationen im Kreise Inowratcam thätig. Seine Verurtheilung hat bei seinen Gattens- und Vertragsgenossen große Sentimentalität erregt.

**E. Cracow.** 10. Oktober. Der Provinzialsrath Tschadert und der Justitiarius des Provinzialschulcollegiums Regierungsassessor Dr. Müller, welcher vor etwa einem Jahre von Berlin nach Polen versetzt wurde, haben seit Dienstag früh drei Tage hindurch das hiesige katholische Schulreferendar, dessen Direktor (erst 33 Jahre zählende) Gräfliche K. u. K. (früher Religionslehrer an der Realschule in Polen) ist, einer sehr eingehenden Revision unterzogen. In Folge dessen sind etwa 30 Bücher u. der Bibliothek und auch Druckschriften (selbst Gebete) der Seminaristen mit Beschlag belegt worden. Es muß anerkennend hervorgehoben werden, daß die Regierung jetzt auch auf diese Seite des Seminarwesens ihre Aufmerksamkeit richtet. Wahrscheinlich wird diese Revision einige Personalveränderungen im Lehrerkollegium zur Folge haben. — Herr Rektor Samiec, welcher von Polen hierher kam und seit dem Januar d. J. als vierter Lehrer am Seminar fungirte, ist nach kurzer Wirklichkeit zum ersten Lehrer am katholischen Seminar zu Paradies ernannt worden, wohin derselbe schon in nächster Woche abgeht. Ein Mann von so echt deutscher Gestaltung wie Herr Samiec konnte sich hier nicht heimisch fühlen, und obwohl wir Deutsche am Orte seinen Abgang beklagen, gönnen wir ihm doch vom Herzen die Anerkennung, welche in seiner Beförderung Ausdruck erhalten hat.

### Böhmisches Bitterungsbericht.

Die schon Ende der vorletzten Woche eintretenden und noch die ersten Tage der eben verflossenen (5.–11. Oktober) anhaltenden Niederschläge erstreckten sich fast über ganz Europa und haben dem allzeitigen Wunsche nach Regen teilweise entsprochen. Die Spülflüsse und Winterlaufen erhielten die nötige Feuchtigkeit, der Ackerboden wurde lockerer und der Bearbeitung zugänglicher. Der mit dem Regen verbundene, ziemlich bedeutende Rückschlag der Temperatur, welche bis 6 unter die normale ging, hat namentlich der weiteren Verbreitung und Vernehrung des Unreisfests Einhalt geboten. Die Niederschlagsmenge ist aber nicht ausreichend gewesen, den Stand der Flüsse zu erhöhen und die Ausnahme der Schiffsfahrt wieder möglich zu machen. Die seit Ende Juli andauernde und nur durch den August unterbrochne Dürre hat das Erdreich so ausgetrocknet, daß jede Feuchtigkeit mit Vergieide an denselben aufgezogen wird und den Flüssen wenig oder garnichts zu Gute kommt. Es ist so erklärlich, daß es andauernder und intensiver Niederschläge bedürfte, um den Stand der Flüsse wenigstens bis zum Nullpunkt Pegels zu erhöhen. Die Elbe steht beispielweise so niedrig, wie noch nie seit 52 Jahren. Im weiteren Verlaufe der Woche hat der Aquatorialstrom wieder die Oberhand gewonnen und halten wir daher in den letzten Tagen freundliches und warmes Wetter, welches seinen herbstlichen Charakter nur dadurch verriet, daß schon hier und da dicke Nebel wol auch Regen austreten. Frankreich war auch diesmal wieder ausgezeichnet, durch heftige Niederschläge, welche es allerdings aus erster Hand erhält und durfte hier im Interesse der Weinlese eine kleine Pause erwünscht sein. In Italien wechselte trüb mit halbseitiger Wetter und fehlte es auch hier nicht an Regen; im Süden der Adria war die Luft teilweise stürmisch bewegt. Kleinasien und der Orient hatten zum Teil heitere Witterung. Im ganzen Norden Europas war regnerisches Wetter vorherrschend; Christiansand in Norwegen meldet den ersten Schnee und war die Luft ziemlich bewegt bis stürmisch. A. P.

### Staats- und Volkswirtschaft.

**Berlin.** 10. Oktober. [Böhmisches Börsenbericht.] Die Börse beginnt sich einer Erschlaffung hinzugeben, die die Beflüchtung wahrzusehen kann, daß auf diese Weise die an sich geringfügigen,

immerhin aber doch recht erfreulichen Erfolge der jüngst vorangegangenen Haussperiode wieder verloren gehen müssen. Das Interesse der hohen Finanzen ist erlahmt, die Hausssektoren lösen sich auf und so bleibt die Börse ohne Führer und Leiter in den schwachen Händen der kleinen Spekulation. Diese neigt sich stets zu la bourse und auch jetzt ist der gute Will, die Course hinunter zu schreien nicht abzusprechen. Aber ihre darauf hinzielenden Operationen haben keinen sonderlichen Erfolg, da ihnen Energie und Kraft fehlt. An allen maggebenden Börsenplätzen tritt die gleiche Erscheinung auf und so tragen denn die zwischen denselben gewechselten Coursdepeschen dazu bei, die Entmutigung gegenseitig zu vermehren. In dieser Tendenz reiht sich ein Geschäftstag an den anderen und wenn die Course auch keinen rapiden Reduktionen verfallen, so gelingt es doch der Kontremine fortgesetzte kleinere Bruchtheile von den Notirungen abzubrücken. Nach einer gewissen Zeit tritt dann aber doch der Rückgang mehr oder weniger scharf hervor. Trotzdem die Börse nicht fest genannt werden kann, so ist ihr nicht jede Kauffähigkeit abzusprechen, die Geschäftstätigkeit ruht allerdings sehr, die Kontremine ausz aber doch mit großer Vorsicht operieren denn ein forciertes Vorgehen ihrerseits würde unzweckhaft auf einen ganz berechtigten und wahrscheinlich auch ziemlich energischen Widerstand stoßen. Die Kontremine schreitet selbst nach jeder kleineren Termingeroberung in Deckungen und gibt dadurch dem Markt zeitweilig ein festes Gepräge, das aber bald wieder in der Geschäftlosigkeit verschwindet.

Der Geldmarkt zeigte ebenso wenig freundlichere Verhältnisse. Geldknappheit stellt sich aller Orten ein und die jüngsten Wochenausweise der Bank von England und der Pariser Bank tragen ebenfalls das Irgende zu der hier herrschenden Verstimmung bei. Der Ausweis der Bank von England spiegelt gerade keine zu rostigen Verhältnisse wieder, wenn auch die Bankleitung die für diese Woche erwartete Erhöhung der Bankrate nicht hat eintreten lassen. Die jüngste Erhöhung des Bankdiskonts um  $\frac{1}{2}$  Et. hat die Börse doch mehr tangiert als man vorher glaubte annehmen zu dürfen. Der Blaßdiskont stieg entsprechend und trotzdem hat der Markt seine frühere Abundanz verloren. Andererseits aber sind Diskonten nicht einmal angeboten und hierin liegt das Bedauern der jetzigen Situation. Wäre Geld leichter gefunden, so wäre vielleicht der Schluß erlaubt, daß die Geschäfte einen allgemeinen Aufschwung genommen hätten.

Der Verkehr bot dabei in seinen Einzelheiten nichts besonders Erwähnenswerthes. Auf allen Gebieten lagerte die gleiche Unruh und Trägheit und nennenswerthe Umsätze fanden nicht statt. Die internationalen Spekulationspapiere blieben still und bewegten sich größtentheils in weichender Richtung. Deckungskäufe gaben ihnen wohl vorübergehend einen feineren Charakter. Den lokalen Spekulationssektoren erging es eben nicht besser und der Versuch für den Cours von Darmstadt zu interveniren kann sich keiner großen Erfolg rütteln. Banknoten bewegten sich ausnahmsweise träge und auf dem Eisenbahnenmarkt signierte das Geschäft fast vollständig. Für österr. Bahnen ist alles Interesse erlahmt und ebenso wenig finden russische Prioritäten Aufschwung.

\*\* Preußische Bank. Wochen-Uebersicht vom 7. Oktbr. 1874.

	Aktiva.	
1. Geprägtes Geld und Barren	Thlr. 218,607,000 —	3,902,000
2. Kassen-Anweisungen, Privat-Banknoten u. Darlehnskassen-Scheine	= 3,096,000 —	1,061,000
3. Wechsel-Bestände	= 128,519,000 +	6,860,000
4. Lombard-Bestände	= 20,574,000 —	2,535,000
5. Staats-Papiere, verschiedene Forderungen und Aktiva	= 5,531,000 —	114,000
		Passiva.
6. Banknoten in Umlauf	Thlr. 284,924,000 —	1,672,000
7. Depositen-Kapitalien	= 33,225,000 +	230,000
8. Guthaben der Staatsklassen, Institute und Privatpersonen, mit Einschluß des Gro-Verkehrs	= 35,890,000 —	722,900

Wie es nach den Biffern dieses Ausweises scheint, stehen wir tatsächlich auch bei der Preußischen Bank am Vorabend einer neuen Diskontverhöhung. Am meisten tritt unter den ungünstigen Biffern des Wochentheaters das neue Anschwellen der Wechselbestände um fast sieben Millionen hervor, als deutlicher Beweis von der gegenwärtigen Stroßheit des Geldstandes. Neben dem Anwachsen des Wechselbestandes hat sich der Baarbehand um fast 4 Millionen verringert, während die Noten-Cirkulation nur um 1,672,000 zurückgegangen ist. Die Lombard-Bestände haben sich allerdings um mehr als  $\frac{1}{2}$  Millionen reduziert, die Depositen sind um 230,000, die Staatsguthaben um 728,000 Thlr. gestiegen, während Kassenanweisungen, Privatbanknoten etc. sich 1,061,000 Thlr. weniger im Tresor der Bank befinden, aber das Fazit des Ausweises ist eine beträchtliche Verschlechterung im Status der Bank und, wie Eingangs erwähnt, scheint demnach eine weitere Diskontverhöhung, die allerdings, wenn sie eintritt, kaum  $\frac{1}{2}$  Et. überstehen würde, im Laufe der nächsten Woche keineswegs unwahrscheinlich.

**Breslau.** 10. Oktober. [Bericht über den breslauer Prodkatzenmarkt.] Preisnotierung per 100 Kilogramm netto.

Effektiv-Geschäft. Weizen matt, weißer neuer 5%–6%–7% Thlr., gelber neuer 5½–6% Thlr. — Roggen rubig, schlesische neuer 5½–5%–6 Thlr. — Gerste unveränd., schlesische neue 5%–5%–6 Thlr. — Hafer höher, neuer 5%–5%–6 Thlr. — Erbsen gebrüht, Kocherbsen 7–7½ Thlr., Kuttererbäsen 6½–7 Thlr. — Böden offiziell, schlesische 5%–6½ Thlr. — Bohnen gefragt, schlesische 7%–8% Thlr., gärtliche 7½–8½ Thlr. — Lupinen matt, gelbe 4½–4½ Thlr., blonde 4–4½ Thlr. — Mais offiziell, 5%–5% Thlr. — Delicaten fest, Winterraps 7½–7%–8% Thlr. — Winterrüben 6½–7%–7½ Thlr., Sommerrüben 6½–7%–7½ Thlr. — Dotter 6½–7%–7½ Thlr. — Schlaglein mehr zugesetzt, 7%–8½–9 Thlr. — Hanfsamen geschäftslos, 6%–6% Thlr.

Preisnotierung per 50 Kilogramm netto.

Käppelchen fest, schlesische 2½–2½ Thlr., ungar. 2½–2½ Thlr. — Kleesaat nominell, weiß 12–14–17–20 Thlr., rot 10–12–14½–15½ Thlr., schwedisch 18–19–21 Thlr., gelb 4–5½ Thlr. — Thymolthee ohne Geschäft, 9–10½–12 Thlr. — Feintuchen 3%–3% Thlr.

Roggen verlor am heutigen Markte bei geringen Umsätzen und unveränderten Preisen in rubiger Haltung, für Weizen war die Stimmung matt und waren nur seist Qualitäten leicht verkauflich. Hafer war sehr fest und höher bezahlt.

### Vermischtes.

\* **Kattowitz.** 10. Oktober. (Großer Einbruch diebstahl.) Es war gestern Morgen gegen 2 Uhr, als mittels gewaltsamem Einbruch aus dem Lokal des von Tieles-Windlerschen Knappshafes-Vereins hier selbst der eiserne Geldschrank mit rund 2700 Thlr. baar, 58,600 Thlr. an Effekten (außer Cours gesetzl.) und Hypotheken-Instrumenten, einer Anzahl Lookspapiere, Abrechnungsbücher mit Guthaben von ca. 9,700 Thlr. und einer Anzahl dem hiesigen Vorschubverein gehörigen Wechsel geraubt wurde. Die Räuberbande bestand aus 8 Mann, welche mit Schießgewehren bewaffnet waren. Außer dem kleinen Handwagen, den sie bis zum Kassenlokal mitnahmen, stand wahrscheinlich schon ein größerer Wagen, bespannt mit einem Pferde (beide vorher gestohlen) auf der nach Doms führenden Chaussee. Der Kassenwächter war unter Androhung des Erschießens gebunden und bis nach Baisdonhütte geschleppt worden. Der verfolgten Spur nach haben die Räuber von Baisdonhütte über Balzener Halde, Ideweiche u. s. w. ihren Weg genommen. In der Nähe von Ideweiche fand man schon gestern einen Ermordeten, mehrere Dolchstiche in die Brust und mehrere Arztstiche nach dem Kopfe hatten ihm den Tod gegeben.

Wahrscheinlich war derselbe einer der Räuber, der entweder das

Schweigen zu brechen beabsichtigte oder mit seinem Raubantheile nicht zufrieden war. Den Aufzug des Geldschanks fand man auf den Feldern bei Baisdonhütte. Man vermutet, daß der aus dem Gefängnis entlassene berüchtigte Schidlo, der vor vielen Jahren schon Überfälle unsicher machte, mit Helfershelfern seine räuberischen Streifzüge durch unsere Gegend mache. Es wäre dringend nothwendig, daß wenigstens ein kleines Kommando Militär hierher zur allgemeinen Beruhigung und Sicherung käme. (Schles. Pr.)

\* **Hoch zu Ross.** Wie das „Mem. Dampfboot“ aus Litauen erfährt, wogen zu dem Empfange des Herrn Handelsministers in Pröbusch auch 12 in litauischer Tracht gekleidete Bauernmädchen zu Pferde erschienen und überreichten dem Herrn Minister einen Blumenstrauß. Seine Excellenz, welche über diese, ihm gewiß neue Ovation sehr erfreut war, erkundigte sich hierauf, wie es heißt, nach dem Namen und Wohnort jeder Blumenspenderin.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Bozen.

### Angekommene Fremde vom 12. October.

**MYLIUS HOTEL DE DRESDEN.** Gehirnrat Freiherr von Trips aus Dresden, die Mitter Gutsbesitzer von Grönig und Krausbaa a. Bremen, Frau Witt aus Bogdanow, Rentier Lüdemann aus Breslau, Habermann aus Kalowiz, Gymnastallehrer Witte u. Sohn aus Protoschin, Dr. Masencz aus Frankfurt, Frau Bindemann u. Sohn aus Coburg, Ingenieur Wustrow aus Berlin, Landrat Bischof aus Groß-Strelitz, die Kaufleute Landsberger, Riper, Bucin und Mendelssohn aus Berlin, Hagen aus Küster, Lüttich u. Niederschlesien aus Stettin, Levy aus Paris, Martin aus Zilenzig, Fernbach aus Berlin, Eichenhart aus Zilenzig, May a. Leipzig, Genners a. Aachen, Schneider aus Börlitz, Fabrikant Rapo aus Berlin, Student Pekler aus Breslau, Gebr. Nehring a. Krakow, Rechtsanwalt Bellier de Lanay mit Gemahlin aus Glogau.

**HOTEL DE BERLIN.** Die Ritterauttsbesitzer von Gasinowitsch aus Sady, Petrik aus Eby, Becker aus Kobylnic, Dötsch a. Romoch, Frau Distwar aus Dworno, Distrits-Commissar Tschibotki aus Sady, Rittergutsbesitzer Buckisch aus Tschibrotta, Kommissionär Wittowitsch aus Thorn, Direktor Leewre und Frau aus Tarnow, Rendant Böllin aus Tarnow, Dr. Konkiewitz und Familie aus Bobitz in Polen, Gymnastallehrer Reiste aus Posen, Hotelier Kurtner aus Grätz, Posteleine Sorge aus Rawicz, Wunkowska aus Golisch, Magdinska aus Kientzschow in Polen, die Kaufleute Glowinski aus Dobrik, Minner, Kreyszt und Aronsohn aus Breslau, Marthaler aus Bibrz, Frau Bial aus Breslau.

**TILSNER'S HOTEL GARNI.** Die Kaufleute Block a. Breslau, Scheid und Samt aus Breslau, Gut aus Berlin, Baumfir. Orlowitsch aus Warschau, Kaufleute Kichert aus Danzig, Heibert a. Magdeburg, Förster R. Hase aus Berlin.

### Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.

**Eisenach.** 11. Oktober. Die auch heute zahlreich besuchte Versammlung der Sozialpolitiker beriet über die Einführung der Reichs-Einkommensteuer. Schauk (München) präsidierte. Hirth gab eine übersichtliche Darstellung des Steuersystems in den Einzelstaaten des Reichs und beantragte als Resolution auszusprechen: als nächstes Ziel der Steuerreform im Reiche sei die Erziehung der Matrularbeiträge durch eine allgemeine Einkommensteuer anzuerkennen, die mit den Zöllen und Verbrauchssteuern derartig zu einem System verbunden werden möge, daß jeder Deutsche möglichst nach Maßgabe seiner wirtschaftlichen Fähigkeit zu den Reichsstaaten beitrage. Die Resolution wurde angenommen und der Ausschuß zur Vorbereitung der weiteren Versammlungen gewählt.

### Telegraphische Börsenberichte.

**Breslau.** 10. Oktober. Nachmittags (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 pEt. pr. Oktober 18%, pr. November-Dezember 18%, pr. April-Mai 50 Pf. Weizen pr. Oktober 61 Roggen pr. Oktober 53%, pr. Oktober-November 51%, pr. April-Mai 14½ Pf. Rübbel pr. Oktober 17%, pr. Nov.-Dez. 17%, pr. April-Mai 57 Pf. — Bins 7%.

**Hamburg.** 10. Oktober. Getreidemarkt. Weizen loco, auf Termine

